

Der Zwischenzeit, die ihm noch verbleibt, eine vollendete Aufgabe zu schaffen, auf die er sich berufen kann, um der Notwendigkeit der Räumung und der rechtlosen Wiedervereinigung des Rheinlandes mit Preußen und dem Reich zu entgegen. Wie praktisch wäre es vom französischen Standpunkte aus, welches Entschieden würde jedes für die Loire empfangliche französische Dera durchzuführen, wenn man der deutschen Regierung eine "Volksabstimmung" der Rheinländer entgegenhalten könnte mit dem Ergebnis, daß die rheinländische Bevölkerung von Preußen und vom Reich fortzuziehen und ein "neutrales" Gemeinwesen, einen "Pufferstaat" zwischen Deutschland und Frankreich begründen wollte. Für deutsche Begriffe ist dieser Gedanke ja geradezu verrückt, und eigentlich sollte er es auch für jeden halbwegs vernünftigen Franzosen sein, nachdem die Rheinländer wiederholt in so feuriger Weise ihre unerschütterliche Unabhängigkeit an die Deutschen, ihr getreues Festhalten an Preußen und am Reich betont und jeden Versuch zu einer bundesstaatlichen Selbstständigkeitsbewegung für die Dauer der französischen Besetzung festerlich abgelehnt haben. In dem von allen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten geleitetem Bestreben ist sogar die Unlöslichkeit der Verbindung nicht bloß mit dem Reich, sondern auch mit Preußen so stark betont worden, daß man daraus die Folgerung ziehen muß, die bisherigen Bestrebungen zur Umwandlung des Rheinlands in einen von Preußen unabhängigen deutschen Bundesstaat hätten ein für allemal, nicht bloß für die Zeit der französischen Besetzung, den Todesstoß erlitten. Die französischen Gewaltpolitiker sind aber aramais faste Redner und halten sich an den Erfahrungssatz, daß Begeisterung keine Peringsware ist, die sich auf lange Jahre einpflanzen läßt. Sie hoffen daher auf die Wirksamkeit eines kraftvoll und gleichwohl durchgeführten Französisierungsverfahrens, und wenn dann mit allergrößter Eile die "Volksabstimmung" das Tischtuch auf das 1. legen. Solche Abstimmungen verheben die Franzosen und berühmten napoleonischen Mäthern geschickt zu inszenieren. Napoleon III. war in diesem Verfahren ein besonderer Meister, der den behördlichen Machtapparat zur Erstellung eines ihm genehmen Abstimmungsergebnisses mit einer selbst von der aristokratischen Willkür nicht betroffenen Strupplosigkeit arbeiten ließ. Die heutigen Vorkämpfer sind in dem Punkte natürlich auch nicht faul, und so soll dann nach der Vorbereitung der Trennung durch finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen, sowie durch die Entfernung aller preussischen Beamten der letzte Trumpf durch eine "Volksabstimmung" ausgepielt werden, bei der nach dem Vorbilde von Copen und Walmwed die deutsche Bevölkerung durch unerbittlichen Terror eingeschüchtert und von ihrem Bekenntnis zu Deutschland zwangsweise abgehalten würde.

Der muß die Reichsregierung halt gebieten, und nach der ganzen Art, wie sie die Rheinlandfrage gegenüber den übergebenen hat, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß sie sich durch keine französischen Drohungen in dem letzten Willen, die französischen Pläne zu durchkreuzen, beirren lassen wird. Sie hat dabei als Rückendeckung die gesamte deutsche öffentliche Meinung, das ganze deutsche Volk ohne Unterchied der Partei hinter sich. Als Ermüdung zu entschlossenem Widerstand kann ihr auch die Beobachtung dienen, wie sich die Entente jetzt gegenüber der Türkei verhält. Zuerst, als man noch glaubte, die Türkei über die Abstel ansehen zu können, war der Ton, in dem sehr überheblich und hochmütig. Die jetzige Note an die Angora-Regierung aber ist überaus gütig und hüftig abgefaßt. Nun schnurrt die Entente wie ein Kästchen und frecht Donigeln um den Bart des Propheten, weil die Türken die Hände halten, die Mustafa spannen und die Augen rollen. Wer sich aber versagt, klein und schwach wird mit der Antite behande und bekommt Fuhrtritte. Das ist bei den Siegerstaaten des Weltkrieges so der schärfste Erfahrungssatz so weit gegangen, daß wir auf dem letzten Loche stehen. Nun heißt es wenigstens, die nationale Einheit, die wir als höchstes und heiligstes Gut aus der Schmach herübergerettet haben, vor jeder Einbuße schützen. Will Frankreich auch dieses Palladium angreifen, so muß und wird ihm ganz Deutschland in geschlossenem Schilde eintreten. "Die Hände weg!" entgegen-

Ein uneingelöstes Versprechen der Alliierten an Rußland.

London, 25. Sept. Nach einer Unterredung mit dem Moskauer Sonderberichterstatter der "Daily Mail" wies der stellvertretende Kommissar des Reiches Karan darauf hin, daß in einem in den russischen Archiven befindlichen, während des Krieges abgelassenen Geheimvertrages die Rechte Rußlands vollständig und souverän über die Konstantinopel und die Meerengen versprochen haben. Rußland verlange keine derartigen Souveränität, wolle jedoch seine Interessen anerkannt sehen. Es werde keine Abjura dieser Frage ohne seine Teilnahme dulden. (W. Z. B.)

Berlin, 25. Sept. Wie der "Vreda" aus informierten Kreisen erzählt, hat die Sowjetregierung in Downingstreet das offizielle Ersuchen vorgebracht, zur Orientkonferenz als vollberechtigtes Mitglied hinzugezogen zu werden. Wie es heißt, soll die französische Regierung diesen Schritt der Sowjetregierung unterstützen.

Rabineffsitzung in London.

(Eigener Drahtbericht der "Dresdner Nachrichten") London, 25. Sept. Es hat hier heute eine bedeutungsvolle Rabineffsitzung stattgefunden, der über zwei Stunden dauerte. Im Namen des englischen Kabinetts hat Lord George Lord Curzon für die Erfolge seiner Mission in Paris gedankt. Man muß dem Umstand besondere Bedeutung bei, daß der Truppenführer in Ägypten Admiral Beatty und Lord Lee dem Kabinettsrat betwohnten. Lord George ist heute nachmittags wieder aufs Land zurückgekehrt.

Belagerungszustand über Sofia.

Paris, 25. Sept. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Konstantinopel wurde über Sofia der Belagerungszustand verhängt infolge von Säufen, die sich am Freitag und Sonnabend in der Stadt abspielten hatten, wobei 50 Personen getötet und 100 verletzt worden waren. Berichtende Abgeordnete und Parteiführer befinden sich unter den Opfern. Der Führer der Oppositionspartei ist verhaftet worden. (W. Z. B.)

Belagerungszustand über ganz Griechenland

London, 25. Sept. Nach einer Athener Meldung der "Daily Mail" soll das Kabinet beschlossen haben, über ganz Griechenland den Belagerungszustand zu verhängen und in Thrazien die vier letzten Jahresklassen unter die Fahnen zu rufen.

Paris, 25. Sept. In Athen wird der Ausbruch einer Ministerkrise als bevorstehend erachtet. General Metaxas soll das neue Kabinet bilden. In politischen Kreisen glaubt man, daß der General folgendes Programm durchführen wolle: Wiederherstellung der Versöhnung im Orient; Festhaltung der Verantwortlichkeit an der Niederlage Kleinasiens; Neuwahlen; Vollzug der Annäherung an alle Staaten der Entente und rasche Organisation einer schlagkräftigen Armee in Thrazien. General Metaxas war während des Krieges einer der größten Anhänger Deutschlands und einer der bestkämpften Gegner von Venizelos.

Rückzug der türkischen Kavallerie aus der neutralen Zone.

London, 26. Sept. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, soll sich die türkische Kavallerie, die in die neutrale Zone bei Sidon eingedrungen war, ohne Zwischenfall wieder zurückgezogen haben. (W. Z. B.)

Zentralvorstandstagung der Deutschen Volkspartei in Breslau.

Dr. Stresemann über die Reichspolitik.

Kauswärtige Fragen. — Erfüllungspolitik und das Einseitige Abkommen. — Spannung mit Frankreich?
Die sachlichen Beratungen des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Breslau wurden eröffnet durch ein Referat des Abgeordneten Dr. Stresemann über die Politik des Reiches. Der Redner führte etwa folgendes aus:

Die schwierige Lage, in der wir heute außenpolitisch und wirtschaftlich stehen, ist durch die falsche Einschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit seitens derjenigen herbeigeführt worden, die da glaubten, durch eine harte Bedrohung des deutschen Erfüllungswillens moralische Erörterungen machen zu können, ohne Deutschland dabei bis zur größten Not zu schwächen. Das, was wir heute sehen und was sich vom wirtschaftlichen Zusammenbruch kaum mehr unterscheidet, hat seinen Anfang mit der Zahlung der ersten Goldmilliarde durch Deutschland angenommen, und damit beginnt der große Sturz unserer Währung und das Schwenden des Vertriebens des Auslandes. (Sehr richtig!) Heute haben auch die deutschen Staatsmänner ihren Irrtum von damals erkannt.

Das große wirtschaftliche Abkommen
wird vielfach so geteilt, als habe sich ein namhaftes Mitglied der D. V. P. als wirtschaftlicher Führer durch den Abschluß eines solchen Abkommens auf den Boden der Erfüllungspolitik gestellt. Diese Auffassung ist irrig. Das Abkommen kann wirtschaftlich und politisch sehr große Folgen haben. Was die wirtschaftliche Seite anlangt, so liegt natürlich keine Veranlassung vor, das Abkommen irgendwie mit Freuden zu begrüßen. Wichtiger indessen als die wirtschaftlichen sind die politischen Folgen, die von dem Abkommen ausgehen. Das Abkommen kann ein Wendepunkt in der Richtung werden, daß Frankreich mehr in die wirtschaftlichen Gebanktreise hineingezogen und von seiner Politik des Machtstandpunktes abgelenkt und daß uns auf diese Weise vielleicht eine weitgehende Neupolitik geschaffen wird, die uns von den Sanktionsdrohungen befreit.

Denn jede weitere Sanktionspolitik Frankreichs ist mit diesem Abkommen unvereinbar.

(Sehr richtig!) Die Aufgabe der Retorsionen ist bereits aus dem Abkommen zurückzuführen. Kritik ist auch davon geübt worden, daß durch das Abkommen einem einzelnen eine große Finanzgewalt und ein riesiges Einkommen gegeben werde. Demgegenüber hat Stinnes erklärt, daß schon bei dem Abschluß des Vertrages für ihn festgestanden habe, daß er als Person keinen Gewinn an dem Abkommen verdienen wolle, und daß er die ihm stehende Provisionssumme an die wirklichen Bedürfnissen in Deutschland verteilen werde. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß ein weitgehender sozialistischer Einfluß unsere Politik gegenüber dem Auslande erleichtere. Er erschwert unsere Lage. Die Welt draußen steht im Zeichen der individuellen Wirtschaft und nicht im Zeichen des Sozialismus. Was die internationalen Auswirkungen des Abkommens anlangt, so bedeutet dieses selbstverständlich nicht die Schaffung einer Grundlagel für eine deutsch-französische Kontinentalpolitik mit einer Spitze gegen die Politik eines anderen Landes. Wir müssen in engerer Fühlung mit England bleiben, das die Verhandlungen gekannt und auch selbst auf eine Verständigung mit Frankreich hingewiesen hat. (Sehr richtig!) Wir müssen auch fernertin den Blick nach Osten gerichtet halten. (Wichtige Zustimmung.) Es handelt sich nicht um das Ausland von heute, sondern um das der Zukunft. Das im übrigen England durch das Abkommen keineswegs verstimmt ist, hat das Ergebnis der Verhandlungen Havens in London bewiesen.

Nord an Nathevan
und nun zur inneren Politik! Wir waren auf dem Wege zur Volksgemeinschaft und zur Befreiung unserer inneren Verhältnisse. Diese Entwicklung ist durch den Bruch unterbrochen worden. Wir sind durch die ruhmlose Tat zunächst hart nach links getrieben worden. Wir standen damals vor einer grundlegenden Entscheidung in unserer inneren Politik. Die Frage war dabei für uns die: Sollten wir Seite an Seite stehen in der gemeinschaftlichen Opposition mit den Deutschnationalen oder sollten wir die Fühlung nach der anderen Seite suchen? In jenen Tagen ist der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft der Mitte geboren worden. Aus dem Schutze sind durch unsere Willkür untragbare Bestimmungen des Entwurfs beseitigt worden. Wären wir es anstatt dessen auf einer Auflösung des Reichstages kommen lassen sollen? Wir müssen uns allerdings jetzt gegen eine Anwendung des Schutzes wenden, die mit dem Geiste des Gesetzes nicht mehr zu tun hat. Der Justizminister Madbrun hat im Anschluß versichert, daß die nationale Agitation in gleichmäßigen Formen auf Grund des Gesetzes nicht gehindert werden soll; aber heute sehen wir, daß die Regierungen der Länder in der Auslegung des Gesetzes eine Willkür wälen lassen, gegen die wir uns auf das entschiedenste wenden.

Die Schuld an der bairischen Frage
liegt auf beiden Seiten. Auf der Seite des Reiches in dem Mangel an der notwendigen psychologischen Einstellung gegen Bayern; auf der anderen Seite muß man auch der Auffassung entgegenreten, die zwischen dem bairischen Ordnungszustand und dem vom Bolschewismus bedrohten Norden einen scharfen Trennungstrieb ziehen will. (Sehr richtig!) Sind denn im Norden nicht Kräfte vorhanden, die sich für eine Wiederherstellung der Autorität und die Erhaltung der inneren Ordnung einsetzen? Bedenket es nichts, wenn in dem kaiserlichen Deutschland in der Reichs-

Die Neuordnung der Beamtengrundgehälter.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 25. Sept. Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite hat das Reichsfinanzministerium die Sozialorganisations der Beamten- und Arbeiterkassen auf kommenden Donnerstag zu Verhandlungen über eine Neufestsetzung der Grundgehälter und Rinderbeihilfen eingeladen, die dadurch erforderlich geworden ist, daß die Feuerungszulagen die Grundgehälter bereits um ein Vielfaches übersteigen. Außerdem vertreten die Beamten die Ansicht, daß die Auswirkungen des Reichsmittelangeleges und die Kohlenprelle eine Revision der geltenden Ortschaftszulagen als unumgänglich erscheinen lassen. Die Wünsche der Sozialorganisationen werden in diesen Tagen übermittel. Der Reichsbund der höheren Beamten, die Spitzenorganisation der höheren Beamtenschaft Deutschlands, hat der Reichsregierung ihre auf die Neuordnung bezüglichen Wünsche bereits unterbreitet. Der Reichsbund führt aus, daß bei dem gegenwärtigen Besoldungsverhältnis die höheren Beamten ein erheblich geringeres Lebensniveau einnehmen (Summe der Bezüge während der gesamten Dienstzeit) erreichen als die Angehörigen der übrigen Besoldungsgruppen.

Das Arbeitszeitgesetz im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 26. Sept. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich heute mit dem Entwurf über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter. Der 7 über die Arbeitszeit bei Beschäftigung an verschiedenen Arbeitsstellen oder bei Ausübung eines Nebenberufes wurde mit 22 gegen 1 Stimme in einer Fassung angenommen, nach der ständig beschäftigte Arbeiter und Betriebsbeamte ständige Beschäftigungen bei anderen Arbeitgebern nur übernehmen dürfen, wenn die Arbeitsstellen zusammen die zulässige Grenze nicht überschreiten. Die Bestimmungen für Kinder, jugendliche Arbeiter und Arbeiter-

innen wurden nach dem Vorschlag des Arbeitsausschusses angenommen, in Bezug auf die Lage der Arbeitszeit und die Pausen unter Erweiterung der Vorschläge der Regierungsvorlage. Die Strafbestimmungen des Gesetzes wurden mit dem Hinweis, daß die Geldstrafen der Wertentwertung anzuweisen sind, gebilligt. In der Gesamtabstimmung wurde der Entwurf mit den vorgenommenen Änderungen einstimmig gebilligt. Schließlich wurde ein Beschlusseckel über die Verlängerung der Geltungsdauer von demobilisationsverordnungen mit der Maßgabe angenommen, daß die Geltungsdauer bis zum 31. März 1923 verlängert werden soll. (W. Z. B.)

Die Türkei und der Völkerbund.

Genf, 25. Sept. In der heutigen Schlußsitzung des Ausschusses der Versammlung sprach Motta (Schweiz) seine Befriedigung darüber aus, daß die Rechte die Aufnahme der Türkei in den Völkerbund ins Auge gefaßt haben. Er sehe hierin einen weiteren Schritt zur Befestigung des Weltfriedens.

Die Vermehrung der nichtständigen Mitglieder des Völkerbunds.

Genf, 25. Sept. Die Völkerbundsversammlung hat den Beschluß des Rates genehmigt, nach dem die Zahl der nichtständigen Mitglieder des Völkerbunds von vier auf sechs erhöht werden soll. Struycken (Holland) legte noch einmal die Gründe auseinander, weshalb die Minderheit der Kommission gegen die Erhöhung war, nämlich vor allem, weil die Erhöhung das Verhältnis zwischen den ständigen und nichtständigen Mitgliedern umverste. Der französische Delegierte Barthelemy wies darauf hin, daß die Erhöhung des Völkerbunds nur vorübergehend sei, und spielte dabei auf eine Stelle des Kommissionsberichts an, wonach eine spätere Erhöhung der Zahl der ständigen Mitglieder ins Auge gefaßt sei. (W. Z. B.)

Die wirtschaftliche Kraft

kann uns nur erhalten bleiben, wenn endlich einmal der wirtschaftliche Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern hergestellt wird. Es würde der Krieg aller gegen alle sein, wenn wir die Parole ins Volk schleudern würden: Die bürgerlich, die sozialistisch, eine Partei, die sich Partei des Wiederaufbaues nennt, kann sich der verantwortlichen Mitarbeit nicht enthalten; wir müssen mitwirken, selbst wenn wir uns damit mit einer Verarmung befassen, an der wir selbst unbeschädigt sind. Wir sind eine Partei der Ueberleistung. Wir wollen das gute Alte in den neuen Staat hinübertragen.

Nach Schluß der Aussprache wurden mehrere Entschlüsse angenommen, darunter folgende über

Oberschlesien:
Der heute in Breslau zusammengetretene Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei beauftragt mit herzlichster Sympathie Oberschlesien, dessen Kampf und Leiden unter fremder Besetzung wir alle mit schmerzvoller Bewunderung verfolgt haben. Wir bekräftigen das befreite Oberschlesien, das durch den Willen seiner Bevölkerung als mit Preußen und Deutschland für immer verbunden sich ausdrücklich erklärt hat. Nochmals und immer wieder protestieren wir vor aller Welt gegen die Abtrennung Oberschlesien, gesehen wider Recht, Vertrag und Verprechen, gesehen wider den ausdrücklichen Willen seiner Bewohner. Niemals werden wir anerkennen, daß dieser Raub Oberschlesien zu Recht besteht. Das ganze Oberschlesien ist durch Jahrhunderte lange deutsche Arbeit deutsch geworden. Es gehört zu uns und wir grüßen ganz Oberschlesien mit dem Gelübde: Im Tod und Tod habt ihr uns Treue gehalten, Treue um Treue.

Die wirtschaftliche Lage

sagte Stresemann u. a.: Ist Scheitern es fast, als ob alle moralischen Dämme eingerissen wären, wenn man sieht, mit welcher Rücksichtslosigkeit sich die Einzelinteressen gegeneinander bekämpfen und dem Staude durchzusetzen versuchen. (Wichtige Zustimmung.) Eigentlich müßte es für jeden Deutschen moralisch unerbittlich sein, in Besessen auf Dollarsteigerung zu spekulieren und dadurch die Währung im eigenen Lande schwer zu schädigen. (Stürmischer Beifall.) Wie falsch war es auch, diejenigen, die während des Krieges ihr Geld behalten haben, jetzt dadurch zu belohnen, daß man ihnen von Woche zu Woche eine höhere Entschädigung zahlte. Der Goldstand des Einzelnen darf sich nicht durchsetzen. (Wichtige Zustimmung.) Wir müssen uns mit Entschiedenheit gegen die

Rationalisierung der Arbeitsleistung

wenden. Es ist grundverfehlt und volkswirtschaftlich schädlich, wenn der Qualitätsarbeiter und der Hilfsarbeiter nach den gleichen Grundlöhnen entlohnt werden.

Auch der Todeskampf der Presse

sollte für uns ein warnendes Zeichen sein. Wenn die Stadt Berlin sich gezwungen sieht, die Schulen zu schließen wegen des Mangels an Mitteln für die Heizung, so sollte man lieber die zahlreichen Wars und diesen schließen, um Heizungsmitel zu gewinnen. (Stürmischer Beifall.) Ob wir in der Außenpolitik wirklich in der nächsten Zeit eine Neupolitik haben werden, läßt sich noch nicht garantieren. Wir sehen im Innern die Zeichen drohenden Verfalls und wir müssen uns davor durch größere Produktivität retten. Wir können diesen Erfolg nicht nur durch Befehle erzielen, sondern müssen auch einen Appell an die Gesinnung richten. Den Verantwortlichen der unmittelbaren Gegenwart müssen wir größere Beachtung schenken, und wir müssen und dabei leiten lassen von dem Gedanken der Volksgemeinschaft. Deshalb bezeichnen wir uns auch zu dem Grundsatze der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die nicht eine Kampfanzeige ist, sondern die Zusammenfassung der Kräfte.

Der Rede folgte minutenlang stürmischer Beifall, der sich immer wieder erneute.

Nach Dr. Stresemann sprach der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion Abg. Dr. v. Campe. Er führte u. a. aus: Wenn wir sagen, daß wir auf dem Boden der Verfassung stehen, so heißt das nicht, daß wir für Republik und Demokratie schwärmen, daß wir abschwören, was wir früher gesworen haben. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, in den das alte Reich verfallen ist, als es so große Teile des deutschen Volkes absetzte drängte. Wir haben den Optimismus, daß in weiten Schichten der Deutschen, auch der sozialistisch organisierten Arbeiterkassen der vaterländische Gedanke nicht verstimmt ist, trotz allem, was wir erlebt haben. Daß der sozialistische Reichspräsident und das Deutschland wieder gab, daß auf einem sozialdemokratischen Parteitag gefordert ist, daß auch die deutschen Arbeiter in erster Linie deutsch bleiben müssen, das scheinen mir Zeichen zu sein, die einen solchen Optimismus recht fertigen.

Die wirtschaftliche Kraft

kann uns nur erhalten bleiben, wenn endlich einmal der wirtschaftliche Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern hergestellt wird. Es würde der Krieg aller gegen alle sein, wenn wir die Parole ins Volk schleudern würden: Die bürgerlich, die sozialistisch, eine Partei, die sich Partei des Wiederaufbaues nennt, kann sich der verantwortlichen Mitarbeit nicht enthalten; wir müssen mitwirken, selbst wenn wir uns damit mit einer Verarmung befassen, an der wir selbst unbeschädigt sind. Wir sind eine Partei der Ueberleistung. Wir wollen das gute Alte in den neuen Staat hinübertragen.

Nach Schluß der Aussprache wurden mehrere Entschlüsse angenommen, darunter folgende über

Oberschlesien:
Der heute in Breslau zusammengetretene Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei beauftragt mit herzlichster Sympathie Oberschlesien, dessen Kampf und Leiden unter fremder Besetzung wir alle mit schmerzvoller Bewunderung verfolgt haben. Wir bekräftigen das befreite Oberschlesien, das durch den Willen seiner Bevölkerung als mit Preußen und Deutschland für immer verbunden sich ausdrücklich erklärt hat. Nochmals und immer wieder protestieren wir vor aller Welt gegen die Abtrennung Oberschlesien, gesehen wider Recht, Vertrag und Verprechen, gesehen wider den ausdrücklichen Willen seiner Bewohner. Niemals werden wir anerkennen, daß dieser Raub Oberschlesien zu Recht besteht. Das ganze Oberschlesien ist durch Jahrhunderte lange deutsche Arbeit deutsch geworden. Es gehört zu uns und wir grüßen ganz Oberschlesien mit dem Gelübde: Im Tod und Tod habt ihr uns Treue gehalten, Treue um Treue.